

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 826.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 826.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltige Zeile (oder deren Raum) 15 Pfg., für Bersammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserats für die nächste Nummer müßte bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 220.

Sonntag, den 20. September 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Subkommission der Zolltarifkommission trat Donnerstag Mittag zu einer kurzen, bedeutungslosen und ziemlich nichtsagenden Berathung zusammen. Erhienen waren Reith, v. Karboff, Spahn, Dr. Paasche, Müller-Sagan, Brömel und Stadthagen und von Seiten der Regierung die Ministerialdirektoren Vermuth und Körner, sowie die Vertreter Sachsens, Bayerns, des Bundesraths und andere. Die Subkommission einigte sich schließlich dahin, der Gesamtkommission zu empfehlen, über jeden Hauptabschnitt des Zolltarifs sowie über wichtige Unterabschnitte, wie Getreide, Gemüse, Vieh und Fleisch, zunächst in der Generaldebatte zu verhandeln, und in der Spezialberathung nur eine Anzahl Dispositionen zu erörtern. Es handelt sich bei den meisten derselben um von der Kommission beschlossene Ermäßigungen. Das einzige Interessante in dieser Sitzung der Subkommission war das Erscheinen des Handelsministers Möller, der gekommen war, um eine Erklärung im Namen der Regierung abzugeben; da aber die Mitglieder der Subkommission selbst gar nichts zur Sache zu sagen hatten, so verschob Herr Möller seine Absicht auf Montag. Die klugen Leute, welche das Gras wachsen hören, können sich bis dahin den Kopf darüber zerbrechen, was er wohl Wichtiges der Zolltarifkommission zu eröffnen haben wird.

Einschränkung der Viehsperre in Bayern. Wie der Münchener Correspondent der „Berl. Ztg.“ aus sicherer Quelle gehört haben will, wird die bayerische Regierung mit einer theilweisen Oeffnung der Grenze für Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn den Anfang machen, nachdem mehr als drei Viertel sämtlicher bayerischen Gemeinden der Regierung von der Fleischotheuerung und weiteren bevorstehenden Steigerung der Fleischpreise sowie der Erbitterung des Volkes darüber Kenntniss gegeben haben. — Offenlich bestätigt sich diese Meldung. Das bayerische Beispiel würde seinen Eindruck auf die preussisch-deutsche Regierung sicherlich nicht verfehlen. Verläufig bringen wir jedoch der Münchener Meldung des Berliner Blattes immer noch wenig Vertrauen entgegen.

Krisengerüchte. Wie das beim Wiederbeginn der parlamentarischen Saison nun einmal üblich ist, schwirren auch dies Mal Krisengerüchte herum. Ein Berliner freisinniges Blatt macht den Anfang damit, indem es den Berliner Polizeipräsidenten v. Windheim in ein anderes Staatsamt avanciren läßt, und zwar, wie möglichst geheimnissvoll hinzugefügt wird, „in ein Ministerium, das den Jugendfreund des Kaisers in besonders nahe Berührung mit seinem Monarchen bringen würde.“ Wie wichtig und tüchtig das klingt. Herr v. Windheim wird doch nicht etwa Reichskanzler werden sollen? Gleichzeitig kündigt die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“ an, daß ein bekannter Parlamentarier des Zentrums zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs Rothe im Reichsamt des Innern in Aussicht genommen sei. Sollte am Ende gar Herr Dasbach der Auserwählte sein? Das Zentrum wäre gewiß froh, ihn mit Anstand los zu werden.

Es rührt im Zentrum. Nach einer Meldung der „Deutschen Warte“ aus München-Gladbach nahm eine stark besuchte Zentrumsversammlung gegen den Willen der offiziellen Parteileitung eine Resolution gegen die hohen Getreidezölle und für Oeffnung der Grenze für die Vieheinfuhr an.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung am Donnerstag einen Antrag Bayerns, betreffend die Einfuhr von Mehrleistungen nach § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Antrag des Königreichs Sachsen, betreffend Prägung von Denkmünzen zur Erinnerung an den Todestag des Königs Albert von Sachsen wurde die Zustimmung erteilt. Die Vorlage, betreffend die Ergänzung der Ausführungsvorschriften zum Gesetz über die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften vom 10. Mai 1892 wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschußantrage zu der Vorlage vom 10. Juli d. J. betreffend den Entwurf von Abänderungs- und Ergänzungsvorschriften zu den Brauntweinsteuer-Ausführungsbestimmungen wurde die Zustimmung erteilt.

„Großer See-Sieg des deutschen Kaisers.“ Der „Hamb. Correspond.“ meldet aus Cuxhaven: Nach einem heftigen Feuergefecht durchbrach Mittwoch Mittag zwischen 12 und 1 Uhr der Kaiser auf der „Hohenzollern“ an der Spitze des Angriffsgeschwaders die Sperren und nahm die Elbe. Die Mandver sind beendet. Die Flotte wird nach der Kritik aufgelöst. Die Flotte mit der „Hohenzollern“ kehrte um 2 1/2 Uhr zurück und ankerte in der Grodenener Bucht. — Es ist errettet!

Kleine politische Nachrichten. Die Preussische Staatsbahndirektion hat, wie offiziell gemeldet wird,

beschlossen, in der Dunkelheit und bei Nebel zur Deckung von Zügen, die auf freier Strecke halten müssen rothbrennende Magnesiumfackeln zu verwenden, deren Licht nach den angelegten Versuchen auch im Nebel 5-600 Meter weit sichtbar ist. — Der Mutter des Admirals v. Köster, Frau Luise Köster in Schwerin, hat der Kaiser aus Cuxhaven folgendes Telegramm gesandt: „Ich habe Ihrem Sohne, dem General-Inspektor meiner Flotte, als Anerkennung für seine hervorragenden Leistungen meinen hohen Orden vom Schwarzen Adler verliehen. Ich beglückwünsche die Mutter zu solchem Sohne, das Vaterland zu solchem Manne.“ — Der Handelsvertrag zwischen Frankreich und England ist, wie aus Paris verlautet, um 1 Jahr verlängert worden. — Zum Bürgerkrieg auf Haiti meldet die französische Telegraphen-Agentur „Agence Havas“ aus Cap-Haitien: Die Armee des Generals Nord wurde bei Limbe geschlagen. Zahlreiche Tode bedecken das Schlachtfeld. General Salnave beabsichtigt, die Stadt demnächst anzugreifen. Die Bevölkerung befindet sich deshalb in großer Unruhe.

Frankreich.

Der Zusammentritt der Kammer ist dem „Matin“ zufolge bereits auf den 14. Oktober festgesetzt worden, um das Budget noch bis Neujahr zur Erledigung zu bringen.

Der Internationale Bergarbeiterauschuß sprach sich, dem „Echo de Paris“ zufolge, gegen den Plan eines Gesamtaustrandes der französischen Bergarbeiter aus. Ferner beschloß der Auschuß, den Sitz nach Brüssel zu verlegen.

Australien.

Ein schwerer Konflikt droht dem jungen australischen Staatenbunde. Zwischen der Bundesregierung und New-Süd-Wales sind Differenzen entstanden. Die Bundesregierung, welche sich an den Landesverteidigungsausgaben theilhaftig hat, behauptet, das Recht zu besitzen, die Festung und die Schanzwerke im Hafen von Sidney militärisch zu besetzen. Die Behörden von Sidney lehnten diese Forderung ab. Auf die Erklärung der Bundesregierung, daß sie das Gebiet mit Gewalt besetzen werde, antworteten die Behörden von Sidney, daß sie die damit beauftragten Truppen entlassen würden. — Das kann hübsch werden!

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 19. September.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

Zu dem Drama in der Hundestraße wird uns von einem Freunde Frids noch mitgeteilt, daß die sensationell aufgearbeiteten Berichte der bürgerlichen Zeitungen vielfach grobe Unrichtigkeiten enthielten. So hatte Frid bei den Husaren in Danzig, nicht beim hiesigen Regiment, gedient und war später als Ulanen-Unteroffizier nach Saarbrücken gegangen. Da er aber von etwas schwächlicher Körperkonstitution war, so erschien ihm der Dienst zu anstrengend, und er sagte bald wieder dem Militärbefehlsweg, um nach Lübeck zurückzukehren. Hier war er zunächst als Arbeiter thätig, jedoch stets bemüht, alsbald eine andere, seinen Fähigkeiten und seiner körperlichen Verfassung mehr entsprechende Stellung zu finden. Eine zeitlang arbeitete er auch in Hamburg. Wenn es nun in den Berichten einiger Blätter weiter hieß, er habe sich hier ein Geschäft gründen wollen, sei jedoch nicht dazu gekommen, weil ihm das Geld ausgegangen war, so beruht das auf einer Verwechslung oder auf großem Irrthum. Nicht er, sondern sein Bruder, der Stiefvater der Kelling, plante die Gründung eines Geschäftes und ließ sich dazu von dem jüngeren Bruder Geld. Indessen ist es zu dieser Geschäftsgründung nie gekommen und aus diesem Grunde kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Brüdern, die zu einer Trennung und zu Reibereien zwischen ihnen führten. Was nun den Mordversuch an der Kelling selbst betrifft, so ist derselbe lediglich auf Eifersucht zurückzuführen. Der nicht unsympathische Frid hatte auf die nach sehr jugendliche Stieftochter seines Bruders einen gewissen Eindruck gemacht, und die aufkeimende Neigung zwischen beiden wurde auch von der Mutter des jungen Mädchens bis zu einem gewissen Grade begünstigt. In den letzten Wochen schien jedoch auf Seiten der Kelling, die ja auch eben erst die Eierschalen der Kindheit abgestreift hat, eine gewisse Erkaltung in der Liebe eingetreten zu sein. Besonders wunderte es Frid, daß das von ihm so heiß geliebte Mädchen Sonntags ohne ihn ausging und mit anderen tanzte. Das entsetzte ihn rasend. Eifersucht und mehrfach äußerte er Selbstmordgedanken, sowie aber auch, daß er das geliebte Mädchen in den Tod mitnehmen wolle; kein anderer sollte jemals sie besitzen. Unser Gewährsmann, der mit Frid zusammen logirte, nahm das zuerst nicht ernst und suchte Frid die dummen Gedanken auszureden. Bis dann das Drama am Montag Mittag bewies, daß die Drohung leider doch ernst gemeint gewesen war.

Die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft veröffentlicht ihren Winterfahrplan, der nachstehende

Veränderungen aufweist: Die Abfahrtszeiten der Züge von Lübeck nach Büchen und umgekehrt sind nicht verändert worden, auf dieser Strecke sind nur die Sonntagszüge 9 Uhr 32 Minuten Vorm. und 2 Uhr 30 Minuten Nachm. von Hamburg nach Mölln in Fortfall gekommen. Eine ebenfalls geringe Aenderung weisen die Abfahrtszeiten der Züge von Lübeck nach Hamburg auf. Die Abfahrt des Frühzuges ist von 6 Uhr 55 Minuten auf 6 Uhr 50 Minuten, also fünf Minuten früher, verlegt worden. Außerdem sind die Sonntagszüge 9 Uhr 45 Min. und 10 Uhr 6 Min. abends in Fortfall gekommen. Als eine wesentliche Verbesserung ist es zu bezeichnen, daß der Schnellzug ab Lübeck 9 Uhr 45 Min., an Hamburg 10 Uhr 52 Min., der sonst im Winterhalbjahr fortfiel, auch nach dem 1. Oktober gefahren wird. Dagegen wird der Personenzug 10 Uhr 30 Min. abends ab Lübeck nur an Sonntagen abgelassen werden. Die Verbindung von Hamburg nach Lübeck ist dagegen wesentlich eingeschränkt worden. Zunächst sind sämtliche Sonntagszüge weggefallen und auch der Schnellzug 3 Uhr 10 Min. ab Hamburg, 4 Uhr 12 Min. an Lübeck, ist eingegangen. An dessen Stelle wird der bisherige Personenzug ab Hamburg 3 Uhr 37 Min., an Lübeck 5 Uhr 7 Min., der jetzt bei allen Stationen anhält, als Schnellzug mit Abfahrt von Hamburg 3 Uhr 40 Min. und Ankunft in Lübeck 4 Uhr 53 Min. mit direkten Wagen nach Mecklenburg durchgeführt. Der Zug hält auf allen Stationen, außer Kupfermühle, Reinfeld und Niendorf. — Auf der Travemünder Strecke hat eine ganz erhebliche Einschränkung der Verkehrsgelegenheiten stattgefunden; die Zahl der von und nach Travemünde fahrenden Züge ist von 14 auf 7 herabgesetzt worden. Aufgehoben worden sind die sämtlichen Sonntags- und sogenannten Wabzüge, und die Abfahrtszeiten der übrigen Züge sind erheblich verändert worden.

Dem Gewerbegericht lag in seiner Sitzung am Donnerstag nur ein Fall vor. Am 29. Mai d. J. war der Maschinist H. bei den Gebrüdern W. als Maschinist auf dem Dampfer „Trave“ gegen einen Monatslohn von 110 Mk. in Stellung getreten. Am 16. September wurde er plötzlich entlassen, weil wegen des schlechten Wetters die Fahrten eingestellt wurden. H. klagte nun auf Wiedereinstellung in die Arbeit auf 14 Tage ev. angemessene Entschädigung. Im Wege des Vergleichs erhält Kläger 20 Mk. Entschädigung.

Ein Menschenauflauf wurde heute Vormittag in der Fleischhauerstraße durch einen Unfall verursacht, der dem Wagen der Firma Coleman zustieß. Infolge einer zu scharfen Wendung kippte der Wagen bei der Kulmbacher Bierhalle um und das Pferd raste mit der abgebrochenen Deichsel die Fleischhauerstraße hinunter, wobei es unter einem Wagen geriet. Indessen ist der Unfall für alle Beteiligten schließlich ohne nennenswerthen Schaden verlaufen. Die Arbeiter, welche auf dem umgekippten Wagen gesessen hatten, kamen mit dem Schrecken davon.

Aus dem Senate. Senator Dr. Schön hat die Geschäfte des Dirigenten des Polizeiamtes, sowie den Vorsitz im Medizinalamt, im Medizinalkollegium und in der Behörde für das Feuerlöschwesen wieder übernommen.

Für die Benutzung der Stadtbibliothek hat die Oberbibliothek eine neue Ordnung erlassen, die im letzten „Gesetz- und Verordnungsblatt“ veröffentlicht wird. Die neue Ordnung tritt am 1. Oktober in Wirksamkeit. Mit demselben Zeitpunkte ist das Regulativ für die Benutzung der Stadtbibliothek vom 11. April 1897 aufgehoben.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Krähenteeches betrug Donnerstag 12 1/2 Grad Celsius.

pb. Wer ist der Eigentümer? Am Donnerstag, den 18. d. Mts., Vormittags gegen 9 Uhr, wurden von einem Arbeiter in den Anlagen vor dem Hütterthor folgende Gegenstände gefunden: 5 Schürzen, theils bunt, theils weiß, eine derselben mit den Buchstaben L. S. gezeichnet, 1 Hemd, 1 Damenbeinkleid, 1 Kinderhut und ein Taschentuch. Der Eigentümer der Wäschestücke, die vermuthlich von einem Diebstahl herühren, ist bisher nicht ermittelt. Die Sachen liegen im Polizeibureau zur Ansicht bereit.

pb. Veruntreuung. Ein Kaufmann, der seitens seines Chefs beauftragt war, Rechnungen an Kunden, theils persönlich, theils durch die Post zuzustellen, und zu diesem Zwecke für die durch die Post zu befördernden Briefe das Porto empfing, verbrauchte das Geld für sich und verstaubte die Rechnungen im Hause seiner Eltern unter einer Kellertreppe, woselbst sie jetzt gefunden wurden.

pb. Wegen Mißhandlung eines acht Jahre alten Mädchens, dem er Fußtritte verlegte, wurde gegen einen 15jährigen Knaben Anzeige erstattet.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Strafkammer in Kiel verurtheilte den Polizeidiener Rath zu Wittorf wegen versuchten Sittenverbrechens gegen ein dreizehnjähriges Schulmädchen zu achtmonatigem Gefängnis. Vor einigen Tagen ist der Gemeinbediener Nicolaus Beder aus Harrislee bei Flensburg nach verübter Unterschlagung von Geldern und Urkundenfälschung flüchtig geworden. — Ueber einen gräßlichen Unglücksfall wird aus Paris in gemeldet: Die vierjährige Tochter des Stationsarbeiters Gellermann hier selbst machte sich Mittwoch Nachmittag um

4 Uhr an der städtischen Kornmühle an einem nur angelegenen eisernen Gitter, das wegen Neubaus der Freischleuse von seinem sonstigen Standorte hatte entfernt werden müssen, zu schaffen. Schließlich ließ das Kind sich daran hängen. Dabei schlug das Gitter um, fiel auf das kleine Mädchen und ein Quereisen spaltete ihm den Schädel. Arbeiter hoben das Kind, das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, auf und brachten es zum Arzte, doch war das Kind, bevor man noch die Wohnung desselben erreichte, schon gestorben.

Stodelsdorf. Die Beteiligung an der Wahlmännerwahl, die Donnerstag stattfand, war leider nur sehr mäßig; kaum ein Drittel der eingetragenen Wähler hat vom Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die bürgerlichen Parteien enthielten sich überhaupt ganz der Abstimmung, so daß nur Stimmzettel der Arbeiter vorhanden waren. Es erhielten:

Heinr. Hoffmann, Arbeiter, Stodelsdorf	107	Stimmen
Heinr. Lütgens, Schuhmacher, Fadenburg	106	"
Aug. Hinz, Arbeiter, Ravenbüsch	106	"
Heinr. Grünberg, Korbmacher, Stodelsdorf	106	"
Joh. Hoffmann, Arbeiter, Stodelsdorf	106	"
Joh. Ball, Schlachter, Ravenbüsch	106	"
Theodor Soy, Schuhmacher, Rori	104	"

Hamburg. Völlig sehend und doch blind. Der Langlehrer F. Grünberg erhielt dieser Tage nach einem Prozeß das Urtheil des Hamburgischen Amtsgerichts IV vom 12. Juli 1902 zugestelt, in dem sich der Passus befindet: „Der Beklagte (Grünberg) selbst erblindet.“ Dazu theilt nun Grünberg Folgendes mit: Da ich nicht blind bin, wie sich Jeder selbst überzeugen kann, ersuchte ich Herrn Amtsrichter Gordon höflichst um Richtigstellung. Zu meinem größten Erstaunen wurde mir antwortlich erklärt, daß „eine Aenderung nicht erfolgen kann.“ Hiergegen stehen mir Rechtsmittel nicht zur Verfügung, und so bin ich, ob ich will oder nicht, vor Gericht zeit lebens blind, obgleich ich mich des Besitzes gesunder Augen erfreue.

Cuxhaven. Ueber den Zusammenstoß zweier Torpedoboote wird dem „S. C.“ gebräutet: Das Torpedoboot „S 76“ rannte beim Einlaufen in den Hafen mit dem Torpedoboot „S 102“ zusammen und sprang led. Der Heizer ist voll Wasser. „S 76“ kam mit eigener Kraft an den Quai, wird jetzt vom „D 9“ über Wasser gehalten und vom „Seebader“, Dampfer des Nordischen Bergungs-Vereins, lenz gepumpt. Donnerstag Nachmittag erfolgte eine Untersuchung des Bootes durch Taucher.

Kiel. Ein Säbelduell wurde, dem „S. Fr.“ zufolge, am Mittwoch Nachmittag im Turnsaal der Marine-Akademie zwischen zwei Fähnrichs zur See ausgetragen. Dasselbe war veranlaßt durch eine angebliche Ehrenkränkung und wurde erbittert ausgetragen. Die Duellanten wurden beide mehrfach verwundet.

Lebensgefährlich ist aber keine der Wunden. Der Verband wurde von einem antwefenden Stabsarzt angelegt. Zwei Offiziere und zwei Fähnrichs zur See waren bei dem Duell zugegen.

Flensburg. Draconisches Urtheil. Ein Lokaltermin des Kieler Marinegerichts fand dieser Tage am Strande bei Glücksburg statt. Es handelte sich um folgenden Vorgang: Am 9. Juli d. J., als die Nacht „Orion“ in der Flensburger Förbrde lag, traf der Matrose Brand mit zwei anderen Matrosen am Strande vor Glücksburg mit einem Fähnrich zusammen. Die Drei, welche etwas angekränkt waren, unterließen das Grüßen, wofür ihnen vom Fähnrich eine Zurechtweisung zu Theil wurde. Gleich nachdem die Matrosen sich entfernt hatten, fielen neben dem Fähnrich zwei Steine zur Erde. Im Lokaltermin an Ort und Stelle mußten sich sämmtliche Beteiligten so hinstellen, wie am Tage des Vorgangs, und das Gericht stellte fest, daß B. der Steinwerfer gewesen sei. Das Urtheil lautete gegen diesen auf 3 Jahre Gefängniß, gegen seine Kollegen auf 6 resp. 3 Wochen Mittelarrest. — Das Urtheil ist unerböt hoch ausgefallen, zumal wenn man bedenkt, wie gelinde stets prügelnbe Unteroffiziere bestraft werden.

Apenrade. „Fortgewiesen“ ist die neueste Bezeichnung für den dänischen Dienstboten unter Androhung der Ausweisung zugehenden Befehl, sofort den Dienst bei dänisch gesinnten Arbeitgebern zu verlassen. So wurde der seitens der Behörde bei dem Hofbesitzer M. Petersen in Hammeleff fortgewiesene dänische Knecht, der nach einem vorübergehenden Aufenthalt in Dänemark beim Hofbesitzer J. Frits in Butshabe Dienst angenommen, angewiesen, entweder bei einem staatsstreuen Dienstherrn Stellung zu suchen oder das Land zu verlassen.

Saderleben. Der Hofbesitzer Niels Finne mann wurde vom Schöffengericht wegen unerlaubter Rückkehr zu einem Tage Haft verurtheilt.

Bremen. Die Bürgerschaft hat Dienstag das neue große Kanalprojekt angenommen. Es handelt sich bekanntlich um die Anlage eines Wasserweges durch die Neustadt, der am Osterdeich bei der Lübeckerstraße beginnend, über den Werder laufen, unter Benutzung des alten Stadtgrabens und des Hatenburger Sees, bei Rablinghausen unterhalb der Stadt in die Weser mündet. Es sind verschiedene Häfen vorgeesehen, die dem Verkehr der Schiffe für die Oberweser dienen sollen. Das Projekt kostet 15 1/2 Millionen Mark. Die Annahme in der Bürgerschaft erfolgte ohne weitere Diskussion. Ein Antrag des Konsuls Smidt, beim Hatenburger See noch ein weiteres Grundstück zum Landwerth von 900 000 Mark zu enteignen, damit auf demselben Arbeiterwohnungen errichtet werden, wurde einer Kommission überwiesen.

ihre vier ansehnlichen Kinder vergiftet zu haben, wurden in Groß-Panow eine Arbeiterin und deren Geliebter verhaftet.

Stettin. Schiffskantergang. Der der Kaufmannschen Kneberei in Swinemünde gehörige Dampfer „Pomonia“ ist mit 20 Mann Besatzung im Meerbusen von Biechah untergegangen und am Mittwoch amtlich für verlohnen erklärt worden.

Machen. Ein ganz eigenthümlicher Unglücksfall hat sich hier selbstgetragen. In der Stillstraße vergnügten sich mehrere Kinder auf einem sogenannten Weibach mit einer Schaufel, die mit dem einen Ende an einem Schornstein befestigt war. Infolge des fortgesetzten Zerrens des Seiles wurde der obere Theil des Kamins gelodert, gab nach und ersching ein fünfjähriges Mädchen, das in dem Hause zum Besuch war.

Zweibrücken. Das pfälzische Schwurgericht verurtheilte den 28 jährigen Arbeiter Johann Schmitt aus Waldmohr, der am 31. Juli, Abends, seine Braut, die 19 jährige Wwe. H. in Waldmohr aus Eifersucht in ihrer Wohnung erschossen hat, zu 8 Jahren Zuchthaus.

Strasbourg i. E. Unfall auf der Bühne. Bei einer Aufführung des „Demetrius“ im Stadttheater wurde ein Schauspieler durch einen Schuß am Kopfe verletzt; er konnte seine Rolle nicht weiter spielen.

Wien. Große Unterschleife bei der Länderbauk. Nach einer Mittheilung der Länderbauk entfernte sich der Beamte der Hauptkassa, Edmund Zellner, Donnerstag Nachmittag vor der Kassensession. Die sofort vorgenommene Rev. find große Unregelmäßigkeiten in der Schatzkammer. Bisher ist ein Abgang in Höhe von 1 259 000 Kronen festgestellt.

Paris. Ein starker Eyllion, der zahlreiche Obstbäume entwurzelte, Dächer abdeckte, Schornsteine umriß und die Erde total vernichtete, ging am Mittwoch Abend im Bezirk Espalion nieder.

Madrid. Zwei Bizeanerbanden lieferten sich in Ezarzu (Navarra) eine regelrechte Schlacht, bei der 2 Bizeaner getödtet und 3 verletzt wurden. Militär mußte einschreiten. 11 Verhaftungen wurden vorgenommen.

New-York. Der Bank-Ränder mit der Bombe. Nach einer Meldung der „Frankf. Btg.“ betrat in Staggway (Maack) ein Mann mit einer Bombe eine kanadische Sandelbank und verlangte 20 000 Dollars. Die Beamten griffen nach dem Revolver, worauf der Mann die Bombe fallen ließ. Er wurde zerquetscht und außerdem eine Person verletzt. Von der Peary Expedition. Wie aus Sydney (Kap Breton-Insel) gemeldet wird, ist dort Donnerstag der „Windward“ mit dem Nordpolforschler Lieutenant Peary an Bord angekommen. Peary äußerte, die Expedition habe den Pol nicht erreicht, habe aber sehr wichtige wissenschaftliche Entdeckungen gemacht. Alle Theilmänner an der Expedition befänden sich wohl und sie freuten sich, in ihrer Heimat zurückzukehren.

Buenos Aires. Beim Fechten erschossen. Der Fechtmeister Pino erlitt bei einem Gang ohne Handagen den Chef der argentinischen Polizei durch einen unglücklichen, drei Zentimeter tiefen Stich in die Brust, durch den das Herz getroffen wurde.

Briefkasten.

E. F. Den Namen der betr. Firma können wir Ihnen leider nicht angeben.

Beste Nachrichten.

Kattowik. Unter dem jachtbaren Verdacht,

Durch die Geburt einer kräftigen Tochter wurden hoch erfreut
Ernst Schmidt und Frau
Geb. 18 Sept. 1902 geb. Epethmann.

Zum 1. Oktober
eine kleine Wohnung zu verm. d.
Engelsgrube 32/10.

Zum 1. Oktober oder später
kleine Wohnung an einz. Pente.
Näheres Reiterstraße 14, 1. Etg.

Ein möblirtes Zimmer
für 1 jungen Mann zu vermieten.
Schlammacherstraße 16, 1. Etg.

Gesucht zu sofort oder zu Epert 1903
ein Schmiedelehrling.

Joh. Bruckmann, Lachsweg-Aller 1a.
Für 2 kleine niedliche Mädchen von 1 und 2 Jahren wird gewissenhafte Kost und Pflege gesucht bei ordentlichen Leuten. Angebote unter M A an die Exped. d. Bl.

Eine Frau sucht Beschäftigung
im Küchen oder Erden, im oder außer dem Hause.
Kagel u. W 3 an die Exped. d. Bl.

Gesucht auf 1 Tag zwei Frauen
zum Kartoffeln ansprechen.
Näheres Radebeurgasse 27.

Junger gewandter Mann sucht Beschäftigung.
Näheres unter L O an die Exped. d. Bl.

1 junger Frau sucht Beschäftigung
im Küchen und Herannahen oder Korngastelle.
Angebote unter B 75 an die Exped. d. Bl.

Eine Hobelbank zu kauf. gesucht
Off. mit Preisangabe u. N B 25 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Billig zu verkaufen ein neuer 1thüriger
kleiderschrank (zerlegbar) und 1 Wring-
maschine Friedenstr. 54, part.

2 Paar Belgische Kaninchen
8 Monate alt, zu verkaufen
Weislinger Allee 146.

Ein großer kupferner Hänge-Kessel
zu verkaufen Schönkampstraße 5, 1. Et

Billig zu verkaufen ein Arifon
mit 12 Platten für 8 Kl.
Näheres Dornestr. 13b, parterre.

Die
deutsche Gewerkschaftsbewegung.
Von C. Legien. Preis 20 Pfg.
Die Genossenschaftsbewegung.
Von A. v. Elm. Preis 20 Pfg.
Von Gotha bis Wnden.
Von J. Auer. Preis 20 Pfg.

Pfaffenspiegel
5. (neueste) Auflage.
11 Lieferungen à 30 Pfg., gebunden 4,50 Mark.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Der
Neue Welt-Kalender
für
das Jahr 1903

ist soeben erschienen und wie seine Vorgänger sehr reichhaltig ausgestattet.

Von dem Inhalt haben wir besonders hervor:
Kalendarium, Postwesen, Messen und Märkte, Bruno Schoenlank (mit Portrait), Russische Revolutionen von A. Demmer, Prüfung von Schiffsmodellen (mit Illustrationen). Ferner einige sehr gute Erzählungen, Gedichte und vieles andere.

Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50
sowie deren Colporteurs.

Umzugs-
halber
Räumungs-Ausverkauf

Sämmtliche Manufaktur-Waaren,
Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben
mit **15% Rabatt.**
Bettfedern und Daunenn während des Ausverkaufs
mit **10%.**

Wilh. Bartelt,
11 Johannisstrasse 11.
Ecke d. Al. verlag ich mein Geschäft nach Breitestr. 25,
gegenüber der Rediggrube.

Von heute ab
jeden Sonnabend Abend von 5 Uhr an:
Warme Knackwurst.
W. Carstens
Reiterstraße 13.
Jeden Sonnabend Abend:
Warme Knackwurst.
Büchergasse 22. L. Kuntzel.

Gute Rod-Anzüge
(Hochzeits-Anzüge) Winterpaletot,
Mäntel für Herren- und Knaben
auch Joppen werden noch bis zum
24. d. Mtz. Fortzugshalber
spottbillig verkauft.
Mühlenstrasse 5.

Wieder ein billiger
Barthie-Posten!
Ca. 100 Dkb.
weiche, schwere 1/2 wollene lange
Normalherrenhemden
durcheinander
per Stück **1.50** Mk.
(Werth 2.50 Mk.)
Außerdem empfehle ich mein Speziallager
in
Tricotagen
(Vorrath ca. 1500 Dkb.)
Normal-Hemden 88 Pf. bis 5 75 Mk.
Damen-Unterhemden 45 Pf. bis 3 Mk.
Normal-Hosen 78 Pf. bis 4 Mk.
Reform-Hosen, Knaben-Hemden,
Kinder-Unter-Costumes,
Tricotstoff zum Ausbessern
u. f. w. u. f. w.

Otto Albers
Lübeck
Kohlmarkt 10. Markt 4.

Die Butterhandlung
von
Th. Storm
empfiehlt Allerfeinste Meierei Butter
Mk. 1.35,
2. Sorte Mk. 1.20,
Hafbutter Mk. 1.15,
Kochbutter Mk. 1-1.10.

Täglich frisches
Kopffleisch
Brodwurst
Heinr. Muhly
Goltzenstraße 14.

Von jetzt an wieder jeden Sonnabend
Abend:
Warme Knadwurst
Wilh. Rieck
Fadenburger Allee 63.

Frisch eingetroffen:
Rollschinken
ohne Knochen
4-7 Pfd. schwer, Pfund nur 80 Pf.
Ger. Carbonade, ohne Knochen,
Pfund nur 78 Pf.
Gef. Carbonade, ohne Knochen,
Pfund nur 65 Pf.
Barthie ger. Mettwurst
Pfund von 50 Pf. an.
Leberwurst, Pfund von 40 Pf. an.
Braunschweiger Wurst 48 Pf. an
Sülze Pfund von 50 Pf. an.
Colonialwaaren
staunend billig.
Salz Pfund 9 Pf., Soda 3 Pfund 10 Pf.
Reismehl Pf. 14 Pf., Zucker Pf. 29 Pf.
Pflaumen Pf. 15 Pf., Sago Pf. 20 Pf.
Seifenpulver Packet 10 Pf.
Gratis! Gratis!
Geschichtsbücher für Kinder!
Otto Burckhardt
Beckergrube 24.
Vortheilhafteste Einkaufsquelle
am Platze.

Empfehle:
 Randsfleisch, gef. Wurst,
Knadwurst, fr. Leberwurst
und prima fettes Suppenfleisch
H. Wulf, obere Fischergrube 10.
ff. Bier- und Bodwürste
Kohlwurst, Brodwürste.
Jeden Sonnabend:
Warme Knadwurst
empfiehlt
St. Schramm, Gürstraße 47.

Harry Dahm
Königstrasse 91. Ecke Wahnstrasse.
Bettfedern, Daunen
fertige Betten.
Spezial-Magazin
für

Nach vollständiger Verlegung und Neu-Einrichtung
meines Bettfedern-Lagers bin ich in der Lage, meinen
werthen Kunden das Angenehmste und Vortheilhafteste beim
Einkauf von Bettfedern zu bieten.
Mit Rücksicht auf Bequemlichkeit habe ich die Bett-
federn-Räume mit im Parterre, daher der Einkauf zu
jeder Tageszeit auf das Angenehmste und bringe hinsichtlich
der Auswahl das Grösste zu
billigsten Preisen.
Empfehle neu eingetroffen grosse Sendungen
doppelt gereinigte u. entklaubte Qualitäten
Pfund 50, 70, 95 Pf., 1.00, 1.20,
1.50, 1.80, 2.00, 2.20, 2.50,
2.70 bis 7.00 Mk.
Bettinletts Bettbezüge Bettlaken
jeder Art sehr billig.
Nähen gratis. Nähen gratis.
Bitte Schaufenster Wahnstrasse 22 zu beachten.

Kaufen Sie nur
Burckhardt's Margarine
"Pfeil"
Pfund nur 65 Pf.
hochl. Holländ. Margarine
Pfd. 70, 60, 54 und 50 Pf., bei jedem Pfd.
1 Liter oder 5 Rabattmarken gratis.
Otto Burckhardt
24 Beckergrube 24.

Münchener Bodwurst
Münchener Bierwurst
Heinr. Muhly
Goltzenstraße 14
ff. Kopffleisch
Leberwurst Stk. 10 Pf.
Brodwurst Stk. 10 Pf.
sowie jeden Sonnabend:
Warme Knadwurst
empfiehlt
Heinr. Viereck, Güterstraße 96

Carl Herm. **Stave**
Mich. Weiter Krambuden 4.
Arbeits-Garderoben
Anerkannt gute Qualität.
Billige Preise.
Schwedisches Brennholz
direkt ab Schiff. empfiehlt billigst
Th. Kruse,
Fernsprecher 1289. Untertrabe 60.

Bahr & Umlandt
31 Breitestraße 31
Wir empfehlen äußerst preiswerth:
Flanellhemden 3.50-6.00.
Flanellhosen 3.00-4.50.
Normalhemden für Herren
80 Pfg., 1.00, 1.40, 1.80-4.30
Normalhemden für Damen
48, 60, 85 Pfg., 1.00-2.95.
Jagdwesten für Herren
1.60, 2.00, 2.60, 3.00-9.75.
Jagdwesten für Knaben
1.08, 1.20, 1.60, 2.00-2.95.
Islander 3.40, 4.50-5.50.
Gajchen-Jacken mit und ohne Futter,
4.50, 5.50, 6.90.
Damen-Westen 1.00-3.20.
Gestr. Unterröcke 80 Pfg. b. 4.40.
Parchend-Unterröcke
80 Pfg. bis 1.40.
Loden-Joppen 4.25-15.00.
Herren-Paletots 10.00-35.00.
Knaben-Paletots in allen Größen.
1 Posten Herren-Anzüge
10.50-36.00.
Woll. Schlafdecken 2.25-10.00
Ein grosser Posten
Gardinen, weiß u. crème
Mtr. 20, 25, 30, 40 Pfg. bis 1.35.
Spachtel-Mouleaux
2.20, 2.80, 3.00, 3.60-5.50.

Meine Pfand-Auktion
findet im Oktober statt.
Prolongation wird nur bis Ende
September angenommen.
L. S. Baruch, Pfandleiher.

St. Lorenz-Bierhalle
Margarethenstr. 9.
Jeden Sonnabend und Sonntag:
ff. Eisbein, ff. heiße Wurst.
NB. Neues großes Klubzimmer mit Piano
Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.
Vochachtungsvoll
G. Lorenzen.

Deutscher
Metallarbeiterverband
Versammlung
am Sonnabend den 20. d. M.
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Wahl von Ortsverwaltungsmitgliedern.
2. Kartellfragen.
3. Fragekasten Verschiedenes.

Apollotheater
Im Mittelpunkt der Stadt.
Heinr. Kainberg's Bunte Bühne.
Sensationeller Erfolg
aller Specialitäten.
Neu!! Heute Neu!!
in tadelloser Ausführung
die neuesten lebenden
Riesen-
Photographien. II. a.
Arbungsfeierlichkeiten in London.
Der König von Italien in Verita.
Beginn des Concerts 7 1/2 Uhr.
Sonntag:
2 Vorstellung. 2
4 Uhr keine Preise. Kinder die Hälfte.
Alle Künstler treten auf.

Circus Variété
Reuterkrug.
Grösstes u. ältestes Variété.
Tagesgespräch
ist das mit durchschlagendem Erfolg
gekürzte
Eröffnungsprogramm
Anfang präz 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr.
Vorverkauf an den bekanntsten Stellen bis
Abends 6 Uhr und an der Circuskasse
von 11-1 Uhr Morgens.

Zum Beginn des Herbstes.

Preiswerthes Angebot

Schuh-Waaren.

Damen.	Kinder.	Herren.
Gems-Chicschuhe . . . 2 ⁵⁰ _{M.}	Derber Knaben-Schulstiefel aus Rossleder , genagelt, Grösse 27—30 3 ²⁵ _{M.} Grösse 31—35 4 ⁰⁰ _{M.} Grösse 36—39 5 ⁰⁰ _{M.}	Zugstiefel mit Besatz und Knöpfen 4 ⁵⁰ _{M.}
Braune u. rothe Hausschuhe warm gefüllt. 3 ⁵⁰ _{M.}	Derber Knaben-Schulstiefel aus Rindleder , genagelt, Grösse 27—30 3 ⁷⁵ _{M.} Grösse 31—35 4 ⁵⁰ _{M.} Grösse 36—39 5 ⁵⁰ _{M.}	Zugstiefel , Rindleder, stark genagelt 5 ⁵⁰ _{M.}
Melton-Hausschuhe 3 ⁰⁰ _{M.} sehr leichte Morgenschuhe		Zugstiefel , Rossl, elegant u. dauerh., 9,00 7 ⁵⁰ _{M.}
Rossl. Spangenschuh 3 ⁵⁰ _{M.} sehr dauerhafter Promenabenschuh.		Schnürstiefel in nur besten Qualitäten, 9,00, 7,50, 6 ⁰⁰ _{M.}
Schnür- u. Knopfschuh aus bestem Rossleder, 4,50, 3 ⁵⁰ _{M.}		Schnallenstiefel 7 ⁵⁰ _{M.} bequemster Stiefel der Neuzeit.
Ballschuhe aus Lackleder, ausgeschnitten 3 ⁵⁰ _{M.}		Arbeitsschuhe mit Eisen, 4 ⁵⁰ _{M.} kräft. gen.
Ballschuhe aus Lacklatt mit 1 Spange, 5 ⁵⁰ _{M.} elegante Façons.		Schaftstiefel , Rindleder, 6 ⁵⁰ _{M.} schöner Sonntagstiefel.
Rossl. Schnürstiefel 5 ⁰⁰ _{M.} bequem und solide		Schaftstiefel mit Eisen, 7 ⁵⁰ _{M.} starker Arbeitstiefel.
Rossled. Knopfstiefel 6 ⁰⁰ _{M.} elegant und dauerhaft		Schnür- u. Zugschuhe 6 ⁰⁰ _{M.} aus Rossleder.
Cheveret Knopf- u. Schn.-St. 7 ⁵⁰ _{M.} mit vorzüglichem Sitz.		Schnürstiefel sehr modern 12 ⁵⁰ _{M.} Kalbleder, spitz und breit.
Knopf- u. Schnürstiefel 9 ⁰⁰ _{M.} Echtes Kalbleder. Spitze und breite Façons. Vorzügliche Passform.	Kinder-Schnürstiefel Grösse 17—22 . . . 1 ⁵⁰ _{M.}	Schnürstiefel , echt Chereaux, 14 ⁰⁰ _{M.} — Goodyaer Welt —
Knopf- u. Schnürstiefel 9 ⁵⁰ _{M.} Box-Calf. Letzte Neuheit.	Kinder-Knopfstiefel Grösse 17—22 . . . 1 ⁸⁰ _{M.}	Box-Calf , Knopf-Schnürstiefel, 11 ⁰⁰ _{M.} spitz u. breit, sehr chice Façons.
Knopf- u. Schnürstiefel 13 ⁰⁰ _{M.} garantirt best Cheveraux, 9,50 Spitze u. br. Faç in nur feinst. Ausführ.	Kinder-Knopfstiefel mit Lackblatt, Grösse 17—22 1 ⁸⁰ _{M.}	
	Rothe Knopfstiefel , warm gefüttert . . . 1 ⁸⁰ _{M.}	
	Braune Knopfstiefel , Grösse 17—22 mit warmem Futter 1 ⁸⁰ _{M.}	
	Cheveraux-Knopfstiefel , sehr leicht, Grösse 17—22 2 ⁵⁰ _{M.}	



Gummischuhe

Kinder 150_{Mk.} Mädchen 180_{Mk.} Damen 250_{Mk.} Herren 350_{Mk.}

Deutsches Fabrikat.

W. Blumenthal, Lübeck.

Ecke Kohlmarkt, Sandstrasse.

Die rote Woche in München.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten.“)

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, den 16. Sept. 1902.

Zweiter Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Verhandlungen nach halb 3 Uhr. Die Beratung des Geschäftsberichts des Vorstandes wird mit der Diskussion der folgenden, zur Polenfrage gestellten Anträge fortgesetzt:

Parteigenossen in Berlin III beantragen: Die Sonderkandidaturen der polnischen sozialdemokratischen Partei in Oberschlesien sind zu verwerfen.

Parteigenossen in Breslau beantragen: Die von der Baydorfer Konferenz der ober-schlesischen Genossen aufgestellten Reichstagskandidaturen sind als die rechtmäßigen Kandidaturen der sozialdemokratischen Partei anzuerkennen und ist der Parteivorstand zu ersuchen, diese Kandidaturen durch finanzielle Mittel nach Kräften zu unterstützen.

Parteigenosse Wittan und 27 Genossen in Zabrze protestieren gegen die Beschlüsse der Baydorfer Konferenz in Bezug auf die Kandidatur im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze und verlangen Aufhebung des bezüglichen Beschlusses.

Parteigenosse Lebins in Dresden beantragt:

„Die politische und gewerkschaftliche Sonderorganisation der polnischen Sozialdemokraten ist berechtigt, weil die Polen in der deutschen Organisation infolge ihrer völligen oder theilweisen Unkenntnis der deutschen Sprache benachtheiligt sind. — Auch eine Sonderorganisation, die die polnischen Sozialdemokraten aus nationalen und nicht nur aus praktischen Gründen schaffen, dürfen wir, als Vorkämpfer der internationalen Völkerverbrüderung, nicht bekämpfen. Andernfalls stellte sich die deutsche Sozialdemokratie auf den Standpunkt der Schulmeister von Breslau. Internationalität schließt Nationalität nicht aus, wie schon Liebknecht 1897 in Hamburg ausführte. — Ueberall, wo eine gemeinsame Aktion über Nationalitäten wünschenswert ist, z. B. bei Wahlen und Lohnkämpfen, müde eine Verständigung auf Grund der Stärkeverhältnisse beider Organisationen stattfinden.“

Rosa Luxemburg und 21 Delegirte beantragen folgende Resolution:

Der Parteitag erklärt:

„Da die ökonomischen und politischen Interessen des polnischen wie des deutschen Proletariats im Deutschen Reich die gleichen sind,

da ferner die Sozialdemokratie es für ihre Pflicht erachtet, die polnische Arbeiterklasse auch gegen die Unterdrückung ihrer Nationalität zu schützen, und dieser Pflicht stets nach Kräften nachzukommen ist,

da endlich die Sozialdemokratie ihre deutschen und polnischen Mitglieder stets als vollkommen gleichberechtigt betrachtet und behandelt und die Agitation unter dem polnischen Proletariat materiell und moralisch in kräftigster Weise unterstützt,

so muß die Absonderung einer polnischen Gruppe, der „Polnischen Sozialistischen Partei“, von der Gesamtpartei als gänzlich ungerechtfertigtes Vorgehen erscheinen, das durch separatistische Tendenzen hervorgerufen wurde, die mit den Aufgaben der Sozialdemokratie nichts zu thun haben.

Der Parteitag verurtheilt scharf die von der Gruppe „Polnische Sozialistische Partei“ provozirten Doppelkandidaturen in Oberschlesien, und fordert die polnischen Parteigenossen, welche auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, auf, dieser demoralisirenden Sonderbündelei baldmöglichst ein Ende zu bereiten.

Die Gegenkandidaten der „Polnischen Sozialistischen Partei“ kommen von nun an als Parteikandidaten nicht mehr in Betracht. Damit sind die Anträge 12 und 13 als erledigt zu betrachten. Ueber die Anträge 14 und 15 geht der Parteitag zur Tagesordnung über.“

Hierzu liegt folgendes Amendement Bebel vor:

Der Parteitag wolle die drei letzten Absätze der Resolution Luxemburg durch folgenden Wortlaut ersetzen:

„so muß die Absonderung einer polnischen Gruppe, der „Polnischen Sozialistischen Partei“, die sich in einen Gegenjah zur Gesamtpartei gestellt hat, als ein ungerechtfertigtes Vorgehen angesehen werden.“

Der Parteitag verurtheilt scharf die von der Gruppe „Polnische Sozialistische Partei“ provozirten Doppelkandidaturen in Oberschlesien; er erläßt den Parteivorstand, nochmals den Versuch zu machen, eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, die im Interesse der gesamten Sozialdemokratie ist.“

Gogowski-Polen: Es ist unangenehm, daß wir wieder eine Polen-debatte haben müssen. Aber die Behälter haben sich zu sehr angefüllt. Die national-polnischen Polen greifen die deutschen Genossen an und das geschieht leider auch in der „Gazeta Robotnika“. Für die Reichstagswahlen brauchen wir nun ein Organ; wir haben ein Blatt gegründet und bitten Sie um Unterstützung. Sie wissen, daß Doppelkandidaturen vorhanden sind. Damit muß tabula rasa gemacht werden. Leute, die wie etwas für den Sozialismus gethan haben, können wir als Reichstagskandidaten nicht brauchen. Ich bitte Sie, den Antrag Luxemburg anzunehmen, und bitte den Genossen Bebel, seinen Antrag zurückzuziehen. Eine Einigung ist von Seiten der national-polnischen Polen nicht zu erwarten. Es handelt sich da nur um einen kleinen Theil der Polen. Ledebour hat auf dem letzten Parteitag gesagt, man solle die Polen nicht unterstützen. Davon ist gar keine Rede. Ledebour kennt die einschlägigen Verhältnisse nicht.

Szymon-Breslau befürwortet den Antrag Breslau, nur die Kandidaturen der deutschen Genossen Oberschlesiens anzuerkennen. Die Breslauer Genossen sind in der ganzen Frage objektiv, aber sie sind der Meinung, daß die nationalen Polen das Prinzip der Demokratie gründlich verlegt haben. Früher wurden diese Fragen gemeinschaftlich mit den Polen erledigt, erst jetzt ist die Sonderbündelei entstanden. Die ganze sozialdemokratische Bewegung ist von deutscher Seite hochgebracht worden. In Oberschlesien ist eine Agitation in polnischer Sprache nicht unbedingt nöthig, wenn sie auch von Nutzen ist. Es sind Beweise für die Einförmigkeit deutscher Agitation da. Die Leute sprechen wohl polnisch, aber sie können nicht polnisch schreiben und lesen, sie lernen in der Schule alle deutsch. Mit den nationalen Polen ist nicht zu verhandeln. Der Nationalismus geht über ihren Sozialismus. Uns kommt es aber auf die Befreiung des Proletariats an. Es ist ganz gleich, ob die Arbeiter von Stanislaus oder von Polakowski ausgebeutet werden, oder von Jim, oder Kunz. Ich bitte Sie auch, den Antrag Luxemburg anzunehmen und den Antrag Bebel abzulehnen. Die Sache der Polen ist in unseren Händen sehr gut aufgehoben, unsere Sache dagegen aber nicht gut in den Händen der Polen.

Winter-Deuthen: Bis 1897 haben deutsche und polnische Genossen in Oberschlesien wie Brüder verkehrt. Daß die Polen zu einer besonderen sozialdemokratischen Partei gehörten, darauf dachten sie nicht. Als ich mein Amt antrat, machte ich auf Seiten der Berliner Führer der polnischen Genossen eine gewisse Strömung gegen mich geltend; heute sagt man sogar schon, es wäre besser, ich wäre ein Beamter der Kolonisationskommission. Dagegen, daß die „Gazeta Robotnika“ nach Oberschlesien verlegt werde, habe ich nie etwas gehört. Es ist auch nicht wahr, daß die polnischen Arbeiter nur von Polen etwas wissen wollen. Die Arbeiter dort wissen ganz genau, daß der Arbeitersekretär Winter kein Polenfeind ist, in meinem Bureau geht es fast nur noch polnisch zu. (Heiterkeit.) Die Genossen Haase und Fran Golde haben es fertig gebracht, einen Theil der polnischen Genossen gegen uns anzubringen. Auf die weiteren Einzelheiten will ich nicht eingehen. Die Dsmwiesener Konferenz war der letzte Schlag der nationalen Polen gegen uns, es war eine freche That, feiner von uns war von der Konferenz benachrichtigt. Wir haben mit der Baydorfer Konferenz geantwortet, zu der wir auch die Polen einluden, die aber erklärten, mit gebundenen Mandaten gekommen zu sein, sodaß eine Einigung unmöglich war. Ich bitte Sie, die Resolution Luxemburg eventuell auch mit dem Amendement Bebel anzunehmen. Es kommt ja weniger darauf an, was hier beschlossen wird, als was wir in Oberschlesien thun. (Gr. Heiterk.)

Rosa Luxemburg-Berlin: Auch diesmal, wie früher stets, ist die Diskussion nicht von unserer Seite provozirt, sondern uns aufgezwungen. Ich hoffe, daß dies die letzte Polen-debatte sein wird, die einen deutschen Parteitag beschäftigt, und daß es gelingen wird, die Ursachen der Zwistigkeiten abzuschaffen. Die Zustände in den polnischen Landestheilen sind geradezu abnorm geworden. Die Gruppe der polnischen Genossen, welche es sich herausgenommen hat, auf eigene Faust Reichstagskandidaten aufzustellen, wollen die Mehrzahl der polnischen Genossen und die deutschen Genossen in Polen zwingen, für diese Kandidaten einzutreten, bei deren Aufstellung sie nicht gefragt wurden. Eine solche Beschränkung des Wahlrechts von Arbeitern durch Sozialdemokraten ist ein Novum, etwas noch nicht Dagewesenes. Vor Allem muß ich der Darstellung entgegenzutreten, als ob es sich um einen Streit zwischen

den deutschen und den polnischen Genossen innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Partei handelt; es giebt keinen Nationalitätenkampf im Schooße der Sozialdemokratie Deutschlands. Da eine solche Behauptung, wie sie jene Gruppe der polnischen Genossen aufstellt, für die deutschen Genossen ein gefandenes Fressen ist, so muß ich auf das Entschiedenste dieser Darstellung hier entgegenzutreten. Die überwiegende Mehrheit der polnischen Genossen arbeitet mit der Gesamtpartei. Das beweist auch, daß die separatistische Gruppe gerade in Polen fast gar keine Anhänger hat. Es handelt sich lediglich um eine Spaltung innererhalb der polnischen Sozialdemokratie. Alle Bemühungen der Verständigung scheitern an dem einseitig national-polnischen Standpunkt der polnischen Sonderbündler, der sie die Begriffe der Sozialdemokratie über Organisation und Solidarität vergeren läßt. Man sollte meinen, daß bei dem kapitalistischen Joch, unter dem wir alle leiden, es selbst politischen Sänglingen klar sein müßte, daß in der Aufstellung der Kandidaten einheitlich vorgegangen werden muß. Nun sagt man, die polnische Nationalität wird in brutaler Weise von der Regierung unterdrückt und die Polen brauchen besondere Berücksichtigung, weil sie eine andere Sprache sprechen. Das sind nur Scheingründe. Die polnischen Genossen haben innerhalb der deutschen Partei die größte Bewegungsfreiheit gehabt und die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die im Reichstag mit allem Nachdruck und mit Anfsichtigkeit gegen den Nationalismus aufgetreten ist. Trotzdem haben sich die polnischen Genossen endgiltig von der Partei losgelöst und auf ihrer Konferenz fiel das Wort: Von jetzt an pfeifen wir auf die Beschlüsse deutscher Parteitage. Für jene Genossen ist das Ziel die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates. Man sollte meinen, unter Politikern über 15 Jahren wäre es unmöglich, sich um den Wort des Königs der nicht existirenden polnischen Republik (Heiterkeit) zu ranzen, aber es ist uns bisher nicht gelungen, eine Verständigung mit den Sonderbündlern zu finden. Für den Antrag Bebel könnte ich auch stimmen, die Verständigung müßte aber unter allen Umständen eine endgiltige sein und dürfte sich nur auf dem Boden des allgemeinen sozialdemokratischen Programms bewegen. (Uebhafter Beifall.)

Ledebour-Berlin: Zunächst eine persönliche Bemerkung gegen Gogowski. Er hat mir das Recht abgesprochen, in der Plenarsitzung mitzureden, weil ich einen Vortrag in Polen zu halten abgelehnt habe. Ich hoffe, eine Polen-debatte würde überflüssig sein, da der Vorstand durch Auer erklärt hat, zu einer Verständigung bereit zu sein. Der Antrag Luxemburg bedeutet offenen Kampf mit den Polen. Deshalb ist der Antrag Bebel ein Glück, wenn er auch nicht den Antrag Luxemburg ganz eliminiert. Beteres würde mir das Viehe sein. Ich akzeptire nur den letzten Absatz des Antrages Bebel. Die prinzipielle Erklärung gegen die Polen halte ich für überflüssig, da sie geeignet ist, das Feuer zu schüren. Die Rede der Luxemburg hatte den Zweck, die deutschen Genossen gegen die polnischen aufzubringen. Die Ausrufung: Wir pfeifen auf die deutsche Sozialdemokratie hat ein junger Mann Namens Hase gemacht, für den die polnischen Genossen nicht verantwortlich zu machen sind. Das hat Genossin Luxemburg verschwiegen. Der Streit ist durch die Kandidatur Kaprjak entbrannt. Kaprjak ist des Spitzelthums verdächtigt worden, ob mit Recht oder Unrecht, weiß ich nicht. Thatsache ist, daß er verfehmt worden ist. Man muß die russisch-polnischen Zustände berücksichtigen, die nur mit der Zeit des Sozialistengesetzes zu vergleichen sind. Denken Sie sich, wenn ein zu dieser Zeit verfehmt deutscher Genosse, ohne daß der Mann von ihm genommen wäre, in Oesterreich als Kandidat aufgestellt werde. Schließendlich bitte ich Sie, den Antrag Lebins abzulehnen. Wir wollen nicht dem Schulmeister von Breslau nachahmen.

Bebel: Ich freue mich, daß die Genossin Luxemburg meine Aenderung akzeptirt. Ich biete die Hand zur Verständigung, sage aber hinzu: Das letzte Mal. Das erste polnische Blatt ist vor uns Deutschen ins Leben gerufen worden. Wir haben die Polen unterstützt, die Kosten, die aus der Befolgung der Polen entstanden, freudig auf uns genommen. Wir haben ihnen eine besondere Organisation gewährt, haben nie mit Geldmitteln gekauert, haben jeden ihrer finanziellen Wünsche bereitwillig erfüllt. Aber wir glauben, daß, wie in Oesterreich, sich die Polen der deutschen Gesamtorganisation fügen würden. Das ist leider nicht geschehen. Die national-polnische Frage ist immer mehr in den Vordergrund gehoben worden, auch in der „Gazeta Robotnika“. Wir haben daraufhin mit den Polen verhandelt und sind überzeugt worden, daß wir die „Gazeta Robotnika“ nicht mehr unterstützen konnten. Wenn bei den Deutschen Polen ein Mann von der Intelligenz Dzygnaszkis stände, es wäre anders. Ich sage das im Hinblick auf einen Artikel Dzygnaszkis in den „Monatsheften“, nachdem es scheinen könnte, als hätten wir den Polen Unrecht gethan. Die Verhältnisse lagen so, daß wir nicht länger die Verantwortung für

Leib Weihnachtskuchen und sein Kind.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

28. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Oh—h!“ Ein Wehlaut brach aus Jankos Brust, dumpf, lang gezogen, es klang fast wie das Heulen eines gequälten Thieres. Die Finger tasteten nach dem Hals, den Kragen zu kühlen, dann rissen sie den Kittel, das Hemde auf und bohrten sich in die braune, zottige Brust so krampfhaft fest, daß das Blut unter den Nägeln hervorspritzte.

„Oh—h!“ . . . „Oh—h!“ — immer wieder brach der Klagelaut aus dem entfarbten, halbgeöffneten Munde. Es war schauerlich anzuhören; ein Hund, der des Weges kam, blieb stehen, winkelte kurz auf und lief dann mit eingeklemmtem Schweif, sich ängstlich umblickend, davon.

So stand der Unglückliche einige Minuten lang. Dann wandelte sich der Ausdruck der Züge, die Lippen schlossen sich fest aufeinander, in den starren, glasigen Augen leuchtete es düster auf. „Sch hab's dir gesagt, Alter,“ murmelte er drohend, „es ist nicht meine Schuld, daß du mir nicht glauben wolltest.“

Und er schritt langsam, aber festen Schrittes die Dorfstraße hinab, der Schänke zu. Nur einmal noch blieb er stehen. Es fiel ihm ein, daß er keine Waffe habe. Aber dann schüttelte er den Kopf. „Wozu?“ murmelte er. „Das findet sich — und vielleicht.“ Wieder leuchtete es in den düsteren Augen auf, diesmal hell und wild, und über das Antlitz flog eine heiße, jähe Röthe. „Vielleicht kommt sie mit mir!“ dachte er. Aber der tröstliche Gedanke verfloß so rasch, wie er gekommen. „Nein!“ flüsterte er. „Nun — dann ein . . .“ Er sprach das entsetzliche Wort nicht aus, aber er ging weiter, langsam, jedoch festen Schrittes, unaufhaltsam, bis das Wirthshaus vor ihm lag.

Die Kassa hielt noch immer am Thortweg aus; nur hatte sie sich's, weil der nächste Mensch, dem sie die Keuigkeit anvertrauen konnte, gar so lange auf sich warten ließ, auf dem Bänkehen neben dem Thor bequem gemacht. Als sie den Janko herankommen sah, das Haupt vorgeneigt, im düstern, drohenden Antlitz keinen Blutstropfen, sprang sie entsetzt auf. „Der Schmied hat's ihm vorgehalten,“ dachte sie, „er kommt, mich für die Verleumdung zu züchtigen!“ Einen Augenblick lähmte sie die Angst, dann rannte sie in's Haus und durch Schänkstube und Küche in den Hof, wo die Miriam noch immer lustig trällernd das Geschirz wusch. „Der Janko!“ stöhnte sie und hob die gefalteten Hände stehend zu dem Mädchen empor. „Schütze mich — er wird mich tödten!“

„Der Janko?“ fragte Miriam freudig überrascht. — „Erdrämen!“ schrie die Kassa mit angstverzerrten Zügen und umklammerte das Mädchen. „Ich habe ja nicht gesagt!“

Die Miriam machte sich los. „Bist du verrückt?“

Warum sollte dir der Janko was anthun?“

„Weil der Dnusrij . . . Jesus Maria!“ schrie sie schrill auf — da stand der junge Bauer schon im Hofe. Wieder stand die Magd einen Augenblick wie gelähmt; nur die Augen flogen blitzend in der Runde, ein Verpet zu er-spähen. „Der Dnusrij hat gelogen,“ schrie sie ihm dann zu, streckte die Arme abwehrend vor, stürzte nach der Thüre des Kellers und verschwand in der dunklen Oeffnung.

Verblüfft starrte ihr das Mädchen nach und dann auf den Janko. „Was soll das heißen?“ fragte sie. „Was hat dir der Dnusrij — Warmherziger Gott!“ unterbrach sie sich. „Wie siehst du aus!“ Der Ausruf war nur allzu berechtigt. Haupt und Hände vorgestreckt, das Antlitz verzerrt, wilde Bluth in den Augen — so stand er da und starrte sie an. Sie wich unwillkürlich einen Schritt zurück — war er betrunken? Aber im nächsten Augenblick trat sie auf ihn zu und faßte seine Hand. „Was hast du?“ rief sie. „Wieder ein Streit mit dem Dnusrij? Du warst doch sonst so

vernünftig!“ Er umklammerte ihre Hand mit der Linken und hob die Rechte, als wollte er ihren Leib umfassen. Wie Eispflanzen zitterte sein Körper vor jähem Begehren, und die halbgeschlossenen Augen verglähnten sich. In ihr Antlitz schlugen die Flammen bis ans Stirnhaar. „Janko!“ schrie sie abwehrend auf und riß ihre Hand aus der seinen.

„Da mich auch er zurück.“ „Verzeih!“ stammelte er und stieß dann bebend hervor: „Schwöre mir! — Schwöre mir bei Gott und allen Heiligen — ist es wahr?“

„Bei allen Heiligen“ — das gab ihr die Fassung wieder. „Davon habtest du nichts,“ erwiderte sie und versuchte zu lächeln, „aber die Wahrheit will ich dir natürlich sagen, wie immer!“

„Bist du . . . bist du verlobt?“ Er konnte es nur heiser flüstern.

„Das also war's!“ rief sie. „Nein, ich bin noch zu haben!“ Ihr war eigentlich gar nicht scherzhaft zu Muthe, aber ihr Instinkt ließ sie diese Tonart wählen. „Wer sollte mich auch wollen? Der Greis in der Sägemühle? Im Alter würde ich ja zu ihm passen, aber er denkt leider gar nicht dran! . . . Das also hat die Kassa dem Dnusrij erzählt und der Dnusrij dir? Es ist alles Lüge!“

Er taumelte, aus seiner gepreßten Brust rang sich ein Schrei, ein Schrei der Erlösung: „Lüge?“

„Lüge, Janko! Auf Ehre!“

Wieder schrie er auf, diesmal leiser, weil ihm die aufsteigenden Thränen die Kehle zuschnürten. Und im nächsten Augenblick überfrömten die Thränen sein Gesicht — unaufhaltsam, wie ein Duell brachen sie hervor, und er stand vorgebeugt da und ließ sie fließen, und zwischen durch lachte er und wiederholte immer wieder: „Lüge! . . . Lüge!“

„Aber Janko!“ rief sie maßnend. „Was soll —“

Wetter kam sie nicht. Plötzlich, wie ein Blitz, überkam sie die Erkenntnis, was dies heißen sollte. Ohne die Reden der Kassa wäre sie wohl auch nun noch nicht darauf gekommen — so aber mußte sie es jetzt. Wieder tauchte sie Antlitz

als wie bisher für die allgemeine Arbeitsruhe am Tage des 1. Mai einzutreten. Er begründet den Antrag damit, daß die Arbeiter einen anderen Antritt erhalten als bisher. Es müsse mehr für die Durchführung der Arbeitsruhe geschehen.

Müller-Berlin: Man werde praktisch nicht weiter kommen, auch wenn noch eine schärfere Resolution als die Düssel-dorfer gefaßt werde. In Schlesien sei völlige Arbeitsruhe nicht möglich, weil die gewerkschaftlichen Organisationen dort zu schwach seien. Die Feiern müsse aber einheitlich gestaltet werden. Wie in Schlesien läge es auch in anderen Bezirken. Man möge den Passus von der Arbeitsruhe aus der Resolution weglassen. Dieser gas seine Arbeitsruhe als eine schlecht durchgeführte Arbeitsruhe.

Pfannkuch-Berlin: In Bezug auf die würdige Feier der Arbeiter können wir wohl behaupten, wir marschieren an der Spitze derjenigen, die die Arbeiter eingeführt haben. Wir dürfen die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht außer Acht lassen, aber der ideale Schwingung muß der Feiern bleiben. Daher bitte ich um Annahme der Resolution des Referenten. (Bravo!)

Bauer-Hamburg: Schließt sich den Ausführungen des Berliner Delegierten an. Die Gewerkschaften sind gegen die Arbeitsruhe; dem muß man Rechnung tragen.

Behr-Leipzig: bittet, den bisherigen Zustand aufrecht zu erhalten. Den Bestrebungen der Gewerkschaften, die Gelder in ihren Kassen festzuhalten, muß entgegengetreten werden. Was in Schlesien nicht möglich sei, ist in anderen Gegenden gut möglich. Nicht rückwärts, sondern vorwärts muß die Bewegung gehen.

Koß-Rastenburg: Die an die Arbeiter gestellten Wünsche sind nicht in Erfüllung gegangen. Große Demonstrationen können mit Arbeitsruhe nicht gemacht werden. Bist besser seien Abends große Versammlungen. Auf dem nächsten internationalen Kongress muß die Frage der Arbeiter einmal gründlich behandelt werden.

Wels-Berlin: Tausende von Gewerkschaftlern sind der Ueberzeugung, daß in der Weise wie bisher mit der Arbeiter nicht mehr fortgewirkt werden darf. Fast alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind der Ueberzeugung, daß die Gelder, die für diese Feiern verwendet werden, für wirtschaftliche Kämpfe, für den Lohnkampf weit besser ausgegeben werden. Ich freue mich, daß heute die Sache zur Sprache gekommen ist. Gewiß bin ich nicht der Meinung, daß es schon im nächsten Jahre anders werden wird. Aber bei dem Entschluß, mit dem von der deutschen Sozialdemokratie im Gegensatz zu England die Arbeiter gefeiert wird, dürfen wir uns auch vor der notwendigen Kritik nicht scheuen.

Nach einem Schlußwort des Referenten Fischer-Berlin, in welchem er betont, daß die Beschlüsse des internationalen Kongresses gehalten werden müssen, so lange sie bestehen, wird unter Ablehnung des Antrages Windhoff die vom Referenten vorgeschlagene vorjährige Resolution angenommen.

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch Früh vertagt.

Morgen Nachmittag wird voraussichtlich der Ausflug nach dem Starnberger See stattfinden. Die Verhandlungen werden deshalb nur bis 11 Uhr Vormittags dauern.

München, 17. September 1902.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

v. Bolkmar eröffnet die Sitzung um 1/2 9 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Metzger-Hamburg, daß er seinen Widerspruch gegen die schablonenmäßige Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge nicht damit begründet habe, daß er im Namen der Fraktion spreche. Er habe seine rein persönliche Ansicht kundgegeben. Die Fraktion auf habe sich mit der Frage überhaupt nicht beschäftigt. Die Darstellung Döhlins auf dem Buchdruckerkongress, daß er im Namen der Fraktion gesprochen habe, sei völlig falsch.

Hierauf erstattete Rosenow den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit: Der Bericht liegt Ihnen gedruckt vor, ich kann mich daher kurz fassen. Die wichtigste Vorlage, die auch bei den kommenden Wahlen im Vordergrund stehen wird, war jedenfalls der Zolltarif. Es ist uns der Vorwurf der Verschleppung der Vorlage gemacht worden. Wenn dem so wäre, so läge es nur im Interesse der Wähler. Diese müssen das Recht haben, über den Zolltarif selbst ihr Urteil abzugeben. Aber wir haben bisher gegen den Zolltarif keine Opposition getrieben, weil wir es nicht nötig hatten. Die Regierung und die Mehrheitsparteien selbst haben für genügende Verschleppung gesorgt. Wenn aber von uns verlangt wird, wir sollten dazu beitragen, die Verhandlungen abzukürzen, so haben wir zu erklären, wir lassen uns in keiner Weise behindern, den Zolltarif auf das Eingehendste durchzuerörtern, wie wir auch in der Kommission versucht haben, ihn möglichst zu verbessern. Es wäre die eigene Schuld der Regierung, wenn der Tarif nicht zur Zeit fertig wird, denn sie hat die Einbringung der Vorlage bis zum letzten Augenblick verzögert, um sich vorher erst bei allen möglichen kapitalistischen und agrarischen Interessentengruppen zu erkundigen. Die Arbeitervertretungen sind nicht gefragt worden. Schließlich wurde die Regierung erst durch die bekannte Verbesserung des Tarifs über London gezwungen, ihn zu veröffentlichen. Jetzt soll der Reichstag gewissermaßen im Rausch arbeiten. Das darf nicht sein. Den volkswirtschaftlichen Beschlüssen der Kommission muß der energische Widerstand entgegengebracht werden. Hat man doch selbst einen Kartoffelzoll für bestimmte Jahreszeiten eingeführt! (Hört! Hört!) Wir sagen daher: im Namen der Gerechtigkeit, im Namen des Volkswohls in die Urne mit diesem Entwurf! (Bravo!) Für sozialpolitische Dinge hat die Mehrheit des Reichstages in der letzten Session wenig Interesse gehabt. Eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit erklärte Graf Posadowsky für unmöglich, während kurz darauf die Berliner Gewerkschafts-Kommission bewies, wie sehr wohl eine genaue Zählung der Arbeitslosen möglich sei. Das einzig positive sozialpolitische Ergebnis der Session war die Seemannsordnung, die aber in wesentlichen Punkten von der Mehrheit so verwickelt wurde, daß wir in der Schlußabstimmung dagegen stimmen mußten. Weiter ist noch der Entwurf zum Schutze der Kinderarbeit eingegangen. Er ist aber ganz unzulänglich. Der Entwurf ist völlig mit Rücksicht auf die Agrarier angefertigt. Als wir die Verschärfung der läublichen Kinderarbeit verlangten, wurde die poetische Rolle hervorgehoben, die der Hirtenknabe in der deutschen Dichtung spielt. Gerade auf dem Laube ist die Kinderarbeit am ärgsten. Ich weiß nicht, ob die Herren um Stöber jemals Kartoffeln ausgemacht haben; ist das der Fall gewesen, dann waren es jedenfalls die dicksten. (Heiterkeit)

Redner behandelt im Weiteren die folgenden Anträge:

Die Parteigenossen in Magdeburg vermissen im Berichte der Fraktion ein Eingehen auf die so brennend gewordene Wohnungsfrage, speziell eines Reichs-Wohnungs-gesetzes, und erwarten in der nächsten Tagung ein energisches Eingehen.

Die Parteigenossen des 1. Bärtebergischen Wahlkreises beantragen: Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß dieselbe ihr Versprechen, dem Reichstage eine Aenderung und Verbesserung des Krankenversicherungsgesetzes in Vorlage zu bringen, endlich erfüllt. Ferner wolle die Fraktion dahin wirken, daß bei der vorzunehmenden Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes eine Bereinigung und Erweiterung der Krankenversicherung stattfindet und eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle Arbeiter einschließlich der Hausgewerbetreibenden sowie der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Diensthöten erfolgt.

Die Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises erwarten, daß die Fraktion bei Beratung der Arbeiterversicherungs-

Gesetz: dafür eintritt, daß alle Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, der Versicherungspflicht unterliegen, wenn der Verdienst 2000 Mk. pro Jahr nicht übersteigt.

Die Kreisfraktion des 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises beantragt: Die sozialdemokratische Fraktion der Reichstages wird beauftragt, bei der Beratung des Marine-Etats der Reichsregierung über die von ihr gefällte Ansetzung des § 616 des B. G. B. in den Reichs-Betriebes zu interpellieren und die Durchführung der betreffenden Bestimmungen des § 616 zu fordern.

Schubert-Berlin beantragt: Die Fraktion wird beauftragt, in nächster Zeit einen Gesetzentwurf über die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages dem Reichstage vorzulegen. Es sollen ferner besondere Anträge auf Einführung der achtstündigen Normalarbeitszeit in staatlichen und kommunalen Betrieben in allen geeigneten Körperlichkeiten eingebracht werden.

Kowald mit 19 Delegierten beantragt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß alle Heimarbeiter, die nur gegen Lohn beschäftigt werden, dieselben Vorteile der Gewerbenovelle, wie die Fabrikarbeiter, genießen.

Ein weiterer Antrag beantragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, den Bundesrat zu ersuchen, baldigst eine besondere Vorschrift zu erlassen, wonach alle in der Heimindustrie beschäftigten Vorzeugs-Heimarbeiter dem Alters- und Invaliden- als auch Unfallversicherungsgesetze, unterworfen werden.

Er hält alle diese Anträge für nützliche, gut gemeinte Vorschläge, die die Fraktion, so wie sie nicht schon berücksichtigt habe, gewiß berücksichtigen werde. Bezüglich des Achtstundentages betont Redner, daß derselbe bei jeder passenden Gelegenheit von der Fraktion propagiert werden sei. Ob man sofort die Einführung des Achtstundentages fordern oder eine bestimmte kurze Uebergangsfrist gestalten dürfe, das sei in der Hauptsache ein Streit um Worte. Mit der Stellung von Anträgen sei es nicht getan. Die Gewerkschaften sollten die Fraktion bei neuen Vorschlägen mehr als bisher mit Material, statistischem und anderem versehen. Er schließt mit den Worten: Vorwärts und immer vorwärts, damit bald auch dem ärmsten Proletariat die Stunde der Erlösung schlägt! (Bravo.)

Paul Müller-Hamburg: Ich kann es durchaus verstehen, daß die Fraktion gegen die Seemannsordnung gestimmt hat, sowie sie die Mehrheit des Reichstages gestaltet hat. Das seemannische Proletariat, soweit es organisiert ist, billigt diese Haltung vollkommen. Es sind in der That direkt reaktionäre Bestimmungen in der Vorlage enthalten, so die feimale Bestrafung des Kontraktbruchs. Ein Koalitionsrecht haben die Seeleute auch durch das neue Gesetz nicht erhalten. Schon aus diesem Grunde war eine Zustimmung zu der Vorlage unmöglich, trotzdem sie ja in einigen Punkten die Verhältnisse der Seeleute gegenüber dem bisherigen Zustand verbessert. Das seemannische Proletariat — das will ich speziell gegenüber den Behauptungen des Professor Franke in der „Soz. Progr.“ feststellen — ist der sozialdemokratischen Fraktion dankbar für ihre Verbesserungsvorschläge bei Gelegenheit der Beratung der Seemannsordnung und hat in zahlreichen Versammlungen seine Zustimmung zu der schließlichen Ablehnung der Vorlage durch die Fraktion ausgesprochen. (Bravo!)

Paul Hoffmann-Hamburg begründet den Antrag des 2. Hamburger Wahlkreises. Er weist an einzelnen Stellen nach, wie notwendig die in dem Antrage gewünschte Ergänzung der Versicherungs-gesetzgebung ist. Die Seemannsordnung sei zwar im Ganzen rationell, aber einzelne kleine Verbesserungen enthalte sie. Hoffentlich werden später weitere Verbesserungen durchzuführen sein.

Wels-Berlin wünscht die Einbringung eines Gesetzentwurfes, in dem ohne Weiteres der Achtstundentag gefordert wird. Ein solcher Antrag würde die Gewerkschaften in ihrem Kampfe sehr unterstützen. Die Arbeitslosigkeit würde damit nicht aus der Welt geschafft, aber doch stark vermindert. Die Einführung des Achtstundentages ist eine Kulturthat, er muß erreicht werden. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. Er bedeutet kein Misstrauen-votum gegen die Fraktion, der wir vollstes Vertrauen entgegenbringen.

Weinshield-Offenbach beantwortet die Anträge auf Einbeziehung der Heimarbeiter in die Gewerbeordnung und der Posten-Heimarbeiter in die Versicherungsgesetzgebung. Derartige Maßregeln seien allein geeignet, die Hausindustrie einzuschränken. Edm und Fischer-Sachsen: Wir wünschen gewiß Alle den Achtstundentag, aber es fragt sich, ob es einen Zweck hat, jetzt wieder die Fraktion anzufordern, einen derartigen Antrag einzubringen. Zur Beratung würde er auf keinen Fall mehr kommen. Daß wir vor zwei Jahren uns darauf beschränkten, den zehnstündigen Normalarbeitstag zu verlangen, lag daran, daß damals allerdings die Ansicht bestand, daß sich für diese Forderung eine Mehrheit im Reichstage finden könnte. Selbst das Zentrum verlangte den Achtstundentag, für die Frauen. Im Uebrigen sind wir stets für die Forderung des Achtstundentages eingetreten, also davon kann keine Rede sein, wie in der Presse behauptet wurde, daß die Fraktion ihre Schuldigkeit nicht getan habe. Es war gewiß kein Opportunismus, sondern es war der Genosse Bebel, der den Antrag auf Einführung des Achtstundentages einbrachte. Er möchte unter unsler aller Zustimmung, hier könne vielleicht etwas erreicht werden, und auf jeden Fall würden die bürgerlichen Parteien gezwungen, und auf jeden Fall würden die bürgerlichen Parteien gezwungen, Farbe zu bekennen, ob ihnen ernstlich an der Verkürzung der Arbeitszeit gelegen sei. (Sehr richtig!) Es wäre also das Richtige, wenn der betreffende Antrag hier zurückgezogen würde.

Wirnkammer-München: Das ganze arbeitende Volk begrüßt die energische Stellungnahme der Fraktion gegen die Zolltarisvorlage. Die Anträge auf Bekämpfung der Hausindustrie bitte ich Sie dringend, anzunehmen. Den Antrag bezüglich des Achtstundentages halte ich nicht für überflüssig. Gerade mit Rücksicht auf die gegenwärtigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse ist es dringend notwendig, daß endlich der Achtstundentag erreicht wird.

Koller-Riel verteidigt den Antrag, der Berücksichtigung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Staatsverträgen zu fordern. Bei der kaiserlichen West in Riel geschieht das bisher nicht. Bei kleinen notwendigen Versäumnissen, z. B. wenn der Arbeiter als Zeuge vor Gericht geladen ist, wird ihm der Lohn abgezogen. (Hört! Hört!) Man beruft sich auf die Bestimmungen der Arbeitsordnung: Lohn wird nur für wirklich geleistete Arbeit gezahlt. Das kann natürlich gegenüber der Bestimmung des B. G. B. nicht in Betracht kommen. Wir werden die Fraktion mit genügendem Material unterstützen und hoffen, daß ihr Vorhaben Erfolg haben wird. (Bravo!)

Sichhorn-Mannheim: Unsere Fraktion möchte versuchen, dafür zu sorgen, daß unsere Initiativanträge mehr in den Vordergrund der Beratungen gestellt werden. Unser Fraktion ist so stark, daß sie doch einen großen Einfluß nach dieser Richtung hin ausüben könnte. (Widerpruch.) Der Reichstag wird vielfach ein Schwachparlament genannt. Ich stimme dem natürlich nicht zu, aber vielleicht wäre es doch angängig, daß die außerordentlich langen Etatsdebatten zu Gunsten mehr praktischer Arbeit und der Erledigung unserer Initiativanträge abgeklärt werden könnten. Sehr wichtig wäre es, wenn die Frage der Arbeitskammern in Verbindung mit einem Reichsarbeitsamt auf dem Parteitag erörtert würde, und wenn die Regierung zu einer Erklärung in dieser Sache provoziert würde. Die Einbringung eines Antrages auf Einführung des Achtstundentages halte ich gerade in der jetzigen Zeit für sehr angebracht. (Sehr richtig!) Wenn unsere Arbeiter nicht eine hohle Demonstration sein soll, müssen wir energisch bei jeder Gelegenheit den Achtstundentag fordern. Die Arbeiter stehen gerade in dieser Frage geschlossen hinter uns. (Sehr richtig!) Sie sind aus durch ihre gewerkschaftliche Tätigkeit in dieser Frage ebenfalls schon vorangeht. (Sehr richtig!)

Schubert-Berlin: Die letzten Ausführungen des Vorredners entheben mich von der Verpflichtung, für den ersten Teil meines Antrages noch besonders einzutreten. Ich bitte Sie, auch den zweiten Teil anzunehmen. Gerade die Staats- und Kommunalbetriebe haben zu allererst die Pflicht, den Achtstundentag einzuführen. Ebenso notwendig ist die Wahrung der Bestimmungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch die Staats- und Kommunalbehörden. Die Verhandlungen werden hierauf auf Donnerstag vertagt.

Ueber die Verhandlungen am Donnerstag liegt uns folgender vorläufiger Bericht vor: Den Vorsitz führt v. Bolkmar. Die Diskussion über die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion wird beendet. Gegen das Verlangen zahlreicher Redner auf die Einbringung eines Antrages wegen Einführung des Achtstundentages sprechen die Abgeordneten Fischer-Sachsen, Koch und Zubeil. Sie erklären die Einbringung des Antrages in der laufenden Session für unmöglich. Der Antrag auf Einführung des Achtstundentages liege noch unerledigt vor. Rosenow sagt im Schlußwort: „Mit der Zurückziehung des Achtstundentages würde sich die Fraktion eine Dürftigkeit geben, die sie nicht verdient.“ Die Anträge über den Achtstundentag wurden schließlich der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen. Da Bebel heiser ist, wird die Besprechung der Reichstagswahlen auf Freitag vertagt. Mollenbuhr spricht über die Arbeiterversicherung und beantragt folgende Resolution:

„Die Versicherungsgesetze des deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, um die Armenkassen vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenerfolg zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft werden können. Deshalb fordert der Parteitag: 1) Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehende Personen. 2) Bereinigung der Versicherung. 3) Bessere Selbstverwaltung durch die Versicherten. 4) Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten. 5) Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Krankenversicherung. 6) Weiteren Ausbau der Unfallversicherungsvorschriften und der Vorschriften zur Verhütung von Berufsrisiken, sowie vollen Schadenerfolg der Verletzten und deren Hinterbliebenen. 7) Einführung der Arbeitslosenversicherung. 8) Einführung der Witwen- und Waisen-Versicherung.“

Im letzten Theil seines Referats beschäftigte sich Mollenbuhr hauptsächlich mit der Arbeitslosenversicherung und hob hervor, daß die Resolution ganz allgemein gehalten sei. Er hält eine einheitliche mit Beiträgen vom Reich, von den Unternehmern und Arbeitern zu je einem Drittel gebildete Versicherung für die beste.

In der Nachmittagssitzung drehte sich die Diskussion vornehmlich um die Frage der Arbeitslosenversicherung. Von den Vertretern der Gewerkschaften wurde geltend gemacht, daß unbedingt die Gewerkschaften die Träger der Arbeitslosenversicherung sein müßten. v. Elm beantragte, der Parteitag möge sich den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses anschließen, zog den Antrag aber wieder zurück, da Mollenbuhr die Erklärung abgab, daß mit der Zustimmung zur Resolution im Allgemeinen kein Präjudiz für die Stellungnahme zur Art der Durchführung gegeben sei. Auf Antrag Arons wurde in die Resolution ein neuer Punkt aufgenommen, der die Organisation des Arbeitsmarktes fordert. Ferner wurde ein Amendement von Bömelburg angenommen, das einen weiteren Ausbau der Unfallversicherung verlangt durch Schaffung von Kontrollleuten aus den Reihen der Arbeiter, die vom Reich besoldet und von den Arbeitern gewählt werden. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag von Frau Zies, der in der Resolution besonderen Wöchnerinnenschutz verlangt. Ueber den Internationalen Arbeiterkongress referierte Singer. Eine Resolution, welche die deutschen Genossen verpflichtet, den 1903 in Amsterdam stattfindenden Kongress zahlreich zu besenden, gelangte zur Annahme. Das Referat über Kommunalpolitik mußte Dr. Lindemann-Stuttgart wegen der vorgerückten Zeit abbrechen.

Soziales und Parteileben.

Zum Strafenbahnerausstand in München wird der „Frf. Btg.“ von dort geschrieben: Die Untersuchung, die von der Regierung als Aufsichtsbehörde in den letzten Wochen infolge des Ausstandes der Straßenbahnangestellten über die Verhältnisse bei der Straßenbahn angestellt wurde, hat zwar nicht ganz das Resultat gehabt, das allgemein gewünscht und erwartet wurde, immerhin ist aber so viel von der Regierung beanstandet worden, daß das System der Straßenbahndirektion unter den Herren Haselmann, Simeon und Rabow verurtheilt ist. Die Regierung hat natürlich erklärt, daß sie vom 1. Oktober ab für das Fahrpersonal nur Ruhepausen von mindestens 25 Minuten gelten lasse; daß ihr die Häufigkeit der Bestrafungen mehr aufgefallen sei als die Höhe der Strafen (bei Schaffner 1,6 Proz., bei Fahrern 1 Proz. des Einkommens) und daß bei Bestrafungen den Betroffenen innerhalb drei Tagen der Grund und die Höhe der Strafgebühren anzugeben sei. Bisher wurde in dieser Hinsicht von den oben genannten Herren, ehemaligen Unteroffizieren, willkürlich verfahren. Die Straßenbahndirektion, die gedroht hat, diejenigen Personen, die in den Volksversammlungen über die frühere Verwendung der Strafgebühren sehr schwere Vorwürfe gegen sie erhoben hatten, gerichtlich zu belangen, wird diese Drohung nicht wahr machen, sie straft diese Personen „mit Verachtung“, eine Strafe, mit der sich die Direktion am meisten selbst schadet. Eine Klarstellung darüber, wo die Strafgebühren denn geblieben sind, die nach den positiven Angaben eines ehemaligen Straßenbahn-Angestellten in den Volksversammlungen in die Geschäftskasse der Gesellschaft gestossen sind, ist doch wohl unerlässlich.

Die Ausbeutung der Bäckerlehrlinge. Zwei Bäckerlehrlinge hatten andauernd den obligatorischen Fortbildungunterricht in Protokoll versäumt und waren dafür mit Geldstrafen von je 20 Mark belegt worden. Gegen das ihnen ungünstige Urtheil des Schöffengerichts legten sie Berufung ein und machten geltend, sie kämen wegen der Arbeitsteilung bei ihrem Meister immer erst um 3 Uhr Nachmittags zur Ruhe, so daß sie unmöglich schon um 7 Uhr in der Fortbildungsschule sein könnten. Sie müßten dann schon um 6 Uhr, also nach dreistündigem Schlaf-

wieder aufstehen, und wären dann so müde, daß ihre Teilnahme am Unterricht gar keinen Zweck hätte. Die Zeit von 7-9 Uhr, in die die Unterrichtsstunden fielen, sei für Höckerlehrlinge zu ungünstig. Das Landgericht verwarf jedoch die Berufung der Angeklagten. Es ließ ihre Entschuldigungen nicht gelten und führte aus, sie könnten durch ihren Lehrherrn oder ihren gesetzlichen Vertreter um eine Verlegung der Unterrichtsstunden eintommen, dürften aber auf keinen Fall ohne weiteres vom Unterricht fortbleiben. Auch vom Kammergericht wurde ihre Revision verworfen. — Für die Juristen ist ja die Sache anscheinend ganz klar; wenn die Höckerlehrlinge von 7 bis 9 Uhr — abends — nicht zur Schule gehen können, weil sie hundemüde sind, dann müssen sie dafür sorgen, daß sie zu anderer Zeit, vielleicht um Mitternacht, Unterricht erhalten. Das ist so einfach, daß höchstens ein verschrobener Sozialpolitiker daran Anstoß nehmen kann.

Die Bäckerei-Arbeiter Italiens hielten dieser Tage in Genua einen Kongress ab und gründeten einen Nationalverband; vertreten waren 30 Städte. Es wurde beschlossen, eine gemeinsame Widerstandsklasse zu gründen. Eine Resolution spricht sich gegen die Nachtarbeit aus, in einer andern wird die Beseitigung der privaten Stellenvermittler gefordert; zugestimmt wird einer Resolution, welche die Verstaatlichung der Brodfabrikation verlangt.

Der Kongress der französischen Transportarbeiter in Lyon stimmte dem Beschlusse zu, der besagt, daß ein allgemeiner Ausstand als Aktionsmittel zu verwerfen, aber als Verteidigungsmittel zuzulassen sei.

Aus Nah und Fern.

Die That eines China-Kämpfers. Wegen Körperverletzung und fahrlässiger Tödtung hatte sich vor dem Oberkriegsgericht in Bromberg der Sanitätsunteroffizier Reich Gustav Rau zu verantworten. Die That des Angeklagten datirt aus dem vorigen Jahre und ist in China verübt worden. Rau befand sich am 29. August 1901 mit seinem Truppenteil in Tatu am Peiho. Am selben Tage kam ein Dampfer mit Lebensmitteln an, die dort ausgeladen werden sollten. Bei dieser Gelegenheit drängten sich Chinesen in großer Schar heran, um Obst oder Selterwasser zu verkaufen. Den Soldaten war aber aus sanitären Gründen verboten worden, den Chinesen etwas von dem Angebotenen abzukaufen. Der Angeklagte drängte nun die Chinesen zurück, wobei er sich einer Reitpeitsche bediente. Ein Kuli, der sich besonders herangedrängt hatte, traf mit Rau auf der Landungsbrücke zusammen und erhielt von diesem mehrere Peitschenhiebe, sowie einen Stoß vor die Brust, so daß er taumelte, über die Landungsbrücke ins Wasser fiel und ertrank. Man wurde wegen dieser Rohheit vor ein Kriegsgericht gestellt und der obengenannten Vergehen angeklagt. Das Kriegsgericht erachtete den Thatbestand als erwiesen und verurteilte den Unteroffizier zu 14 Tagen Gefängnis. Dem Unteroffizier erschien aber diese milde Strafe noch zu hoch bemessen, weshalb er Berufung gegen das Urtheil einlegte. Das Oberkriegsgericht sah sich indessen nicht ver-

anlaßt, noch größere Milde walten zu lassen; die Berufung wurde verworfen und es blieb bei der Strafe von 14 Tagen Gefängnis.

Ein Fall von Soldatenmißhandlung hat in Meß seine Sühne gefunden. Die „Pöln. Ztg.“ berichtet darüber: Der Kanonier Wolke hatte im März einen Selbstmordversuch verübt, indem er sich eine Revolverkugel gegen den Kopf schöß. Die Verletzung war jedoch nicht tödtlich gewesen, und Wolke war nach seiner Heilung in die Heimath entlassen worden. Das sächsische Kriegsministerium veranlaßte jedoch eine kriegsgerichtliche Untersuchung über den Fall, die Folgendes ergab: Wolke, ein schwerfälliger, weil lungenschwacher Mensch, war bei seinen nicht hervorragenden Leistungen das Schmerzenskind des Truppenteils gewesen, was der Unteroffizier Wiehr zur Veranlassung nahm, ihn wiederholt zu mißhandeln. Auch der Unteroffizier Trautmann, der damals noch Obergefreiter und stellvertretender Korporalschaftsführer war, behandelte Wolke regelmäßig in rohester Manier, entzog ihm verschiedentlich das Mittagessen, überhäufte ihn dagegen mit Extraarbeiten. Einmal stieß er ihm den Flintenkolben gegen die Brust, daß er hintenüber fiel, ein andermal, als Wolke nicht „forch“ genug in das Unteroffizierzimmer trat, schickte er ihn 15- bis 20mal zum Fenster hinaus und um das Gebäude herum. Schließlich hegte er die anderen Kanoniere unter Drohungen aus, den Wolke zu mißhandeln, was denn auch geschah, wie die Leute behaupten, nur aus Furcht vor dem Unteroffizier. Wolke habe sich auch kaum gewehrt, sondern nur vorher gebeten, ihn nicht zu arg zu schlagen. Die Kanoniere kamen in der Verhandlung mit je drei Tagen mittleren Arrest davon, der Unteroffizier Wiehr mit vier Wochen. Der Hauptthron Trautmann hingegen, dessen schlagende Faust die ganze Korporalschaft schon gefühlt hatte, erhielt acht Monate Gefängnis und wurde degradirt.

Eine dänische Saint-Nemy-Affaire. Wie in Frankreich ein Offizier aus religiösen Gründen sich geweigert hat, dem Befehle der Regierung zu gehorchen, so hat in Dänemark ein Geistlicher unter Hinweisung auf das Gebot der Bibel verweigert, den Geseßen zu gehorchen. Der Pastor Sverfen in Kopenhagen hat sich, der „Frel. Ztg.“ zufolge, bestimmt geweigert, einen Arbeiter zu trauen, weil dieser von seiner ersten Frau, die wegen eines Verbrechens gestraft wurde, geschieden ist. Der Arbeiter hat königliche Bewilligung erhalten, eine neue Ehe einzugehen, und der Kultusminister, an welchen der Arbeiter sich mit einer Klage wandte, hat Sverfen ausdrücklich befohlen, die Trauung zu vollziehen; dennoch beharrt der Pastor bei seiner Weigerung. Er behauptet, er sahren zu haben, daß der betreffende Arbeiter mit seiner jetzigen Verlobten zusammengelebt hat, bevor er von seiner Frau geschieden war und erklärt, daß es gegen sein Gewissen steite, die Trauung vorzunehmen. Daß Pastor Sverfen Auftreten bereits so großen Schaden angerichtet, angehört, ist wohl kaum nöthig zu bemerken. Dem Ausgange der Angelegenheit sieht man in kirchlichen Kreisen mit großer Spannung entgegen. Höchst wahrscheinlich wird Sverfen von seinem Amte abgesetzt werden.

Was heutzutage Alles unter Auflage gestellt wird. Eine Arbeiterfrau in Wien war erkrankt, und ihr Mann besorgte ihr eine Arznei, die die Kranke unter ihrem Kopfkissen verbarg. Das jüngste Kind bemerkte, als die Mutter schlief, den Kopf des Fläschchens, zog es unter dem Kissen hervor und trank den Inhalt aus. Der Arzt wurde gerufen, der ein Gegenmittel verschrieb. Das Kind genas bald, doch wurde der Vorfall dem Bezirksgerichte zur Kenntniß gebracht. Der kranken Mutter konnte ein Verschulden nicht zur Last gelegt werden, allein der Vertreter der Staatsanwaltschaft klagte den Vater an, daß er durch Unvorsichtigkeit das Leben seines jüngsten Kindes gefährdet habe, da er, als er am Morgen zur Arbeit mußte, das Kind in der Mutter Bett gelegt hatte. (!!) Bei der Verhandlung schilderte der Angeklagte seine Familien- und Wohnungsverhältnisse und meinte, er habe gerade aus Vorsicht das kleine Kind zur Mutter gelegt; daß diese die Flasche unter dem Polster verborgen, habe er nicht gewußt. Der Richter sprach den Angeklagten frei, da in seiner Handlungsweise nicht die geringste Unvorsichtigkeit zu finden sei.

Schreckliche Leiden Schiffbrüchiger. In Boston (Inconshire) wurden acht Schiffbrüchige von dem Schraubendampfer „Dewick“ gelandet, die der Dampfer „Shark“ in einem Boot auf offener See fand. Das untergegangene Schiff war mit Kohlen nach Stockholm unterwegs, als es am Freitag von einem heftigen Sturm gepackt wurde. Die Ladung des Schiffes verschob sich, und ein Kentern war jeden Augenblick zu erwarten. Der Kapitän beschloß deshalb, das Schiff zu verlassen, aber die beiden ersten Rettungsbote wurden an der Wandung des Schiffes zerquetscht und nur das dritte und letzte wurde unter den größten Schwierigkeiten vom Schiffe abgebracht. Der Kapitän und neun Matrosen konnten das Boot nicht mehr erreichen. Das Boot selbst hatte furchtbar mit den Wogen zu kämpfen. Einer der Matrosen wurde mit zwei Rudern herausgespült, er selbst wurde zwar gerettet, aber die Rudern waren verloren, so daß das Boot von nun an nur noch über zwei Rudern verfügte. Am Sonnabend Morgen sah man ein Schiff, welches aber die Signale der Schiffbrüchigen nicht beachtete. Das Gleiche war mit einem Dampfer der Fall, der gegen Abend in der Nähe des Bootes vorbeifuhr. In der Nacht kenterte das Boot. Sieben der Insassen kletterten auf den Kiel, während einer wunderbarer Weise in dem umgestürzten Boot eingeschlossen blieb, sich an das Holzwerk anklammerte und genügend Luft erhielt, um am Leben bleiben zu können. Schließlich gelang es den Leuten auf dem Kiel, das Boot wieder in die richtige Lage zu bringen. Man besaß jetzt nur noch ein Ruder und ein Fäßchen. Das letztere stieß man ein, um das Boot damit auszu schöpfen. Mit dem einen Ruder und einer Planke hielt man das Boot mit der Spitze gegen die hohen Wellen gerichtet, als man plötzlich die Lichter eines offenbar festliegenden Fischdampfers sah. Nach 1 1/2 stündigem Kampfe gelang es den Schiffbrüchigen, diesen Dampfer zu erreichen, ihre Hilferufe wurden gehört und die acht Geretteten in vollständig erschöpftem Zustande an Bord gezogen. Man nimmt an, daß der verlassene Dampfer mit dem Rest der Mannschaft gekentert ist.

Herren- und Knaben-Konfektion.

Sämmtliche Neuheiten für Herbst und Winter.

Kellner-Anzüge
von 14—37 Mk.

Jackett-Anzüge von 10 Mk. bis 56 Mk.
Rock- u. Gehrock-Anzüge von 27 b. 60 Mk.
Herren-Paletots u. Ulsters von 9 b. 72 Mk.
Pellorinen-Mäntel, Regen- und Wagenröcke.
Knaben-Anzüge von 1,20 Mk. an.

Loden-Joppen
von 3,50 Mk. an.

Hüte u. Mützen.

Knaben-Paletots von 3 Mk. an.

Unterzeuge.

Arbeiter-Garderoben

für jeden Beruf in größter Auswahl und stärkster Näharbeit zu billigsten Preisen.

Spille & v. Lühmann, Lübeck, Sandstraße 17.

Der beste Ersatz für Meiereibutter ist die beliebte **Vitello-Margarine** Pfd. 80 Pfg. frisch zu haben bei **Hans Dittmann C. Harz Nachf., Breitestr. 60a, en gros & en detail.**

Brennholz
trocken, lang gelagte schwedische Planke
per Sat 75 Pfg., 5 Sat 3,50 Mk.
Fischergrube 52.

Engelsgrube 53 H. Mohr Schwönetenquerstr. 1

Allerf. Meiereibutter
Mk. 1,30
feinste Mk. 1,20
Rohbutter Mk. 1,10
empfiehlt gegen Rastabons mit 2% Rabatt

W. Strohsfeldt
Gledingstraße 73
Markthallenplatz Nr. 13 und 14.

Möbel-Ausstattungs-Geschäft
empfehlen wir
großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.
Großartige Auswahl. — Beste Arbeit. — Billige Preise.
Verkauf auf Wunsch auch auf Theilzahlung. — Anricht gerne gekattet.

Ludw. Hartwig,
Obertrabe 8.

Aug. Büttner,
Häuser,
Sackstraße 32.

Fahrräder und Nähmaschinen
reparirt gut und preiswerth
Fr. Busse
Königsstraße 93. Fernsprecher 1292.
Neue und gebrauchte Fahrräder und Nähmaschinen zu jedem Preis.
Fabrikpreise billigst.

Kronsbeeren.
Versand täglich in Kisten und Körben durch die Bahn und Post.
Ludw. Hartwig
Obertrabe 8. Fernsprecher. 319.
Filiale: Untertrabe 69.